Stadt
Langenau

Langenau, 07.08.2025

Antwort auf Ihren offenen Brief, eingegangen per Mail am 07.08.2025
Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V., Arbeitsgemeinschaft Ulm/Neu-Ulm

Sehr geehrter Herr Dr. Lutz,
Sehr geehrte Frau Hahn, Sehr
geehrte Frau Heine,
sehr geehrte Mitglieder des Vorstands der DIG Ulm/Neu-Ulm,

für Ihren offenen Brief und Ihre eindringlichen Worte danke ich Ihnen ausdrücklich. Ich nehme Ihre Sorge hinsichtlich der Entwicklungen in Langenau sehr ernst – gerade auch im Hinblick auf die wahrnehmbare Zunahme von Antisemitismus in Deutschland insgesamt. Ihre Einschätzung, dass Antisemitismus weder ignoriert noch relativiert werden darf, teile ich uneingeschränkt.

Die Stadt Langenau hat sich – ebenso wie der gesamte Gemeinderat – wiederholt und klar gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit positioniert. Bereits im Dezember 2024, unmittelbar nach den antisemitischen Schmierereien an mehreren Gebäuden in unserer Stadt, haben wir entschlossen gehandelt: Ich habe umgehend zu einem Krisengespräch mit Polizei, Staatsschutz und Kirchen eingeladen. Die Schmierereien wurden noch am selben Tag entfernt, die polizeilichen Ermittlungen unterstützt, und wir haben öffentlich und unmissverständlich klargestellt: **Volksverhetzung und Antisemitismus dulden wir in Langenau nicht.**

Darüber hinaus haben wir – auf den konstruktiven Vorschlag von Dekan Dr. Torsten Krannich und durch Unterstützung MdL Martin Rivoir – am 26. Dezember 2024 erstmals in Langenau das **Entzünden der zweiten Kerze des Chanukka-Leuchters** gefeiert. Wir freuen uns besonders, dass Vertreter aus allen Religionen präsent waren, bspw. der katholischen Kirchengemeinde und dem türkisch-islamischen Kulturverein. Etwa 300 Menschen sind dieser kurzfristigen Einladung gefolgt und haben damit ein kraftvolles Zeichen der Verbundenheit mit dem jüdischen Leben gesetzt. Ich danke besonders **Ortsrabbiner Shneur Trebnik**, der diese Feier ermöglicht und mit uns gemeinsam gestaltet hat. Als Bürgermeisterin werde ich selbstverständlich in diesem Jahr auch der Chanukka-Feier in Ulm beiwohnen – als Zeichen gelebter Solidarität mit der jüdischen Gemeinde.

Es ist mir ein persönliches Anliegen zu unterstreichen: **In Langenau ist kein Platz für Judenfeindlichkeit, egal aus welcher politischen oder ideologischen Richtung.** Das ist keine bloße Erklärung, sondern gelebter Konsens – auch im Gemeinderat. Die Resolution des Gremiums vom Dezember 2024 und das städtische Leitbild von 2009

Stadt Langenau
Bürgermeisterin
Marktplatz 1
89129 Langenau
07345 9622-100
daria.henning@langenau.de

stehen klar für Menschenwürde, Toleranz und demokratische Werte. Ich sende Ihnen diese Resolution und weitere Erklärungen mit.

Was die Situation vor der Martinskirche betrifft, ist uns bewusst, dass die Entwicklungen zutiefst beunruhigend sind – auch für viele Gemeindemitglieder. Es handelt sich um ein komplexes Spannungsfeld zwischen **Meinungs- und Versammlungsfreiheit** einerseits (Art. 5,8 GG) und der durch Art. 4 GG geschützten **Religionsfreiheit** auf der anderen Seite. Als Ortspolizeibehörde sind wir verpflichtet, neutral und rechtsstaatlich innerhalb der uns gesetzlich zugewiesenen Befugnisse zu handeln. Eine rechtssichere Eingriffsgrundlage bestand lange Zeit nicht, obwohl wir die Lage aufmerksam beobachteten und kontinuierlich mit der Polizei bewerteten.

Seit Herbst 2023 haben wir mehrfach reagiert – mit Aufenthaltsverboten, mündlichen Verwarnungen, Platzverweisen, mehrfachen Gesprächsangeboten in alle Richtungen und wiederholter Lagebewertung gemeinsam mit der Polizei und immer wieder mit Staatsschutz.

Diese juristische Realität verkennen viele – auch in ihrer Erwartung, die Stadt solle einfach „verbieten“. Doch: Wir handeln im Rahmen unserer gesetzlichen Zuständigkeit.

Entsprechende Maßnahmen müssen nicht nur erforderlich, sondern auch verhältnismäßig sein – dies gilt in besonderem Maße bei Allgemeinverfügungen, die sich an einen unbestimmten Adressatenkreis richten. Die Allgemeinverfügung vom Juli 2025, die Versammlungen im Umfeld der Kirche während Gottesdiensten untersagt, wurde nach rechtlicher Prüfung als gravierender Eingriff in die Grundrechte nur nach Ausschöpfen milderer Mittel möglich. Dies ist keine Schutzbehauptung, sondern rechtsstaatliche Realität.

Die **Allgemeinverfügung**, die wir im Juli 2025 erlassen haben, **war somit nicht das erste, sondern das letzte Mittel** und wurde nach sorgfältiger rechtlicher Abwägung gewählt – als letztes Mittel, nachdem mildere Maßnahmen nicht gegriffen haben. **Die Versammlungsfreiheit darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Das gilt im Rechtsstaat für alle – und gerade auch in emotional aufgeladenen Situationen.**

Zugleich möchte ich entschieden zurückweisen, dass die Stadtverwaltung oder der Gemeinderat durch Untätigkeit oder Schweigen zur aktuellen Lage beigetragen hätten. Wir unterstützen Herrn Pfarrer Sedlak und die evangelische Kirchengemeinde, wir verurteilen die wiederholten Störungen, auch die Eskalation im Juli, mit aller Deutlichkeit. Wir verurteilen alle persönlichen Angriffe, gegen alle Menschen, gleichgültig, ob Pfarrer oder Kommunalpolitiker. Hass und Hetze, Straftaten und Beleidigungen, werden weder geduldet noch relativiert.
Die Stadt hat durch die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen in den letzten

Stadt Langenau
Bürgermeisterin
Marktplatz 1
89129 Langenau
07345 9622-100
daria.henning@langenau.de

Monaten erhebliche juristische Auseinandersetzungen auf sich genommen: Gegen die Maßnahmen der Stadt wurden mehrere Widersprüche eingelegt, zusätzlich ist ein Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Sigmaringen gegen die Allgemeinverfügung anhängig. Diese Verfahren binden erhebliche personelle und rechtliche Ressourcen. Dennoch stellen wir uns dieser Verantwortung, weil der Schutz der Religionsfreiheit und der öffentlichen Ordnung einen hohen verfassungsrechtlichen Rang hat. In enger Abstimmung mit der Polizei prüfen wir laufend, ob und inwieweit weitere aufenthalts- oder versammlungsrechtliche Maßnahmen – auch gegen Einzelpersonen – ergriffen werden müssen.

Bereits im Januar 2025 haben wir im Rathaus einen Runden Tisch mit Vertreter:innen der Polizei, der Kirchen, der Landespolitik, des Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume und des Gemeinderats mitorganisiert. Auch im Juni 2024 fand gemeinsam mit der evangelischen Kirche ein Vortrag statt mit Dr. Michael Blume mit dem Titel „Warum Antisemitismus uns alle angeht“.

Am 3. März 2025 fand ein **offener Austausch mit Vertretern der jüdischen Gemeinschaft Ulm** statt, bei dem ich das Gesprächsangebot gerne angenommen habe. **Frau Irene Hahn** von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Ulm/Neu-Ulm war bei mir im Rathaus zu Besuch. Ich habe dieses Gespräch als **konstruktiv, offen und respektvoll** erlebt. Dabei habe ich ausdrücklich signalisiert, dass wir als Stadtverwaltung **für jede Form von Veranstaltungsreihe, Kooperation oder öffentlichem Austausch zum Thema Antisemitismus, jüdisches Leben und demokratische Werte offen sind**. Wir sind so verblieben, dass sie erneut auf mich zukommt. Leider hat sich seitdem von Seiten der DIG kein weiterer Kontakt mehr ergeben.

Wir als Stadtverwaltung stehen weiterhin bereit – nicht nur mit Worten, sondern mit konkreten Formaten und Angeboten: Dazu gehört unter anderem die Demokratiewoche vom 29. September bis 5. Oktober 2025 mit einer Ausstellung und einer öffentlichen Abendveranstaltung am 30. September zur demokratischen Streitkultur und den Grenzen der Toleranz.

Vom 29.September bis 05. Oktober bieten wir eine **Demokratie-Ausstellung in der Stadthalle** an und gehen in den Dialog. Besonders wichtig ist uns dabei die Sensibilisierung junger Menschen in unseren Schulen, daher richtet sich die Demokratie-Ausstellung in erster Linie an unsere Schülerinnen und Schüler und wird aktiv von unseren Schulen mitgetragen. Wir treten aktiv in Kontakt mit Schulleitungen sowie den Lehrkräften für Gemeinschaftskunde. Denn: Unsere freiheitlich- demokratische Grundordnung wird nur dann lebendig bleiben, wenn sie von der nächsten Generation verstanden, hinterfragt und verteidigt wird.

In Kooperation mit der Volkshochschule Ulm wird es am 30. September eine Veranstaltung mit Dr. Christian Boeser zur „Streitkultur und den Grenzen der

Stadt Langenau
Bürgermeisterin
Marktplatz 1
89129 Langenau
07345 9622-100
daria.henning@langenau.de

Toleranz“ geben – das sind konkrete Beispiele dafür, wie wir in Langenau an einer demokratischen, bildungsorientierten Auseinandersetzung mit Extremismus und Feindbildern arbeiten.

Ich versichere Ihnen, dass die Stadt Langenau die dokumentierten antisemitischen Vorfälle nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern mit aller rechtsstaatlichen Entschlossenheit reagiert – auch unter Inkaufnahme gerichtlicher Auseinandersetzungen. Sehr gerne nehme ich Ihr Gesprächsangebot erneut auf und verweise auch auf das von mir bereits am 03. März gesendete positive Signal. Gerne biete ich hierzu den Sitzungssaal in Langenau an und ich bin überzeugt, dass sich zu dem Gespräch auch gerne Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates einfinden, da sie sich entschieden gegen Hass und Hetze stellen. Ich bin überzeugt, dass wir nur durch verlässlichen Dialog, durch Differenzierung und durch gemeinsamen Einsatz für unsere Demokratie zu Lösungen kommen, die tragen.

Mit freundlichen Grüßen
Daria Henning
Bürgermeisterin
Stadt Langenau

Stadt Langenau
Bürgermeisterin
Marktplatz 1
89129 Langenau
07345 9622-100
daria.henning@langenau.de